

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

April 2024



Wer an mich glaubt, der wird leben.



AUS DEM BUNDESHAUS

Die EDU-Nationalräte berichten aus
der Frühlingssession.

Seiten 4 bis 7

IM EINSATZ FÜR WERDENDE MÜTTER

Das «Standpunkt»-Interview zum
Beratungsnetzwerk Profemina.

Seiten 8 bis 10

KANTON BERN

- Kirchen im Fokus der Politik
- Frühlingssession Grosser Rat
- Beten bewegt

Laufende Unterschriftensammlungen

Die EDU Schweiz empfiehlt Ihnen, folgende Initiativen zu unterschreiben:

«Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»

Die immerwährende, bewaffnete Neutralität ist in der Bundesverfassung zu verankern: Damit sich die Schweiz nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten beteiligt und auf nichtmilitärische Zwangsmassnahmen, sprich «Sanktionen», gegen kriegführende Staaten verzichtet. Ablauf der Sammelfrist: 08.05.2024

➔ Weitere Infos: www.neutralitaet-ja.ch

«Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können (Ich zahle bar!)»

Mit konkreten Massnahmen die schleichende Abschaffung des Bargelds verhindern – das bezweckt die Bargeldinitiative II. Ablauf der Sammelfrist: 21.09.2024

➔ Weitere Infos: www.ichzahlebar.ch

«Für den wirksamen Schutz der verfassungsmässigen Rechte (Souveränitätsinitiative)»

Souveränität der Schweiz und Grundrechte des Volkes stärken. Ablauf der Sammelfrist: 17.04.2025

➔ Weitere Infos: www.grundrechte-ja.ch

Volksinitiative «Zum Schutz von Mensch, Haus- und Nutztier vor dem Wolf»

Auf dem Gebiet des Schweizerischen Nationalparks soll der Wolf den Status einer geschützten Art erhalten.

Im übrigen Gebiet der Schweiz sollen Wölfe als ganzjährig jagdbare Art gelten. Ablauf der Sammelfrist: 2.11.2024

➔ Weitere Infos: www.wolfsinitiative.ch

Melden Sie uns Ihre E-Mail-Adresse

Damit wir Sie auch in Zukunft rasch über politische Aktionen informieren können, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen: newsletter@edu-schweiz.ch



Scannen Sie diesen QR-Code und Sie kommen direkt in Ihr Mail-Programm.

Wort des Monats

«ICH HABE NOCH NIEMANDEN GESEHEN, DER SICH IM AUGENBLICK DES TODES BEKLAGT, ER HABE ZU VIEL GUTES GETAN.»

Don Giovanni Bosco, italienischer katholischer Priester († 1888)

Christliche Leitkultur

Liebe Leserinnen und Leser



Wenn man in den Medien die aktuelle Entwicklung beobachtet, so fällt einem auf: Niemand will sich mehr positionieren, keiner will anecken, alles ist ok, jeder soll nach seiner persönlichen Façon leben. Leben und leben lassen! Pluralismus pur und alles unter dem Patronat der Schutzheiligen «Toleranz».

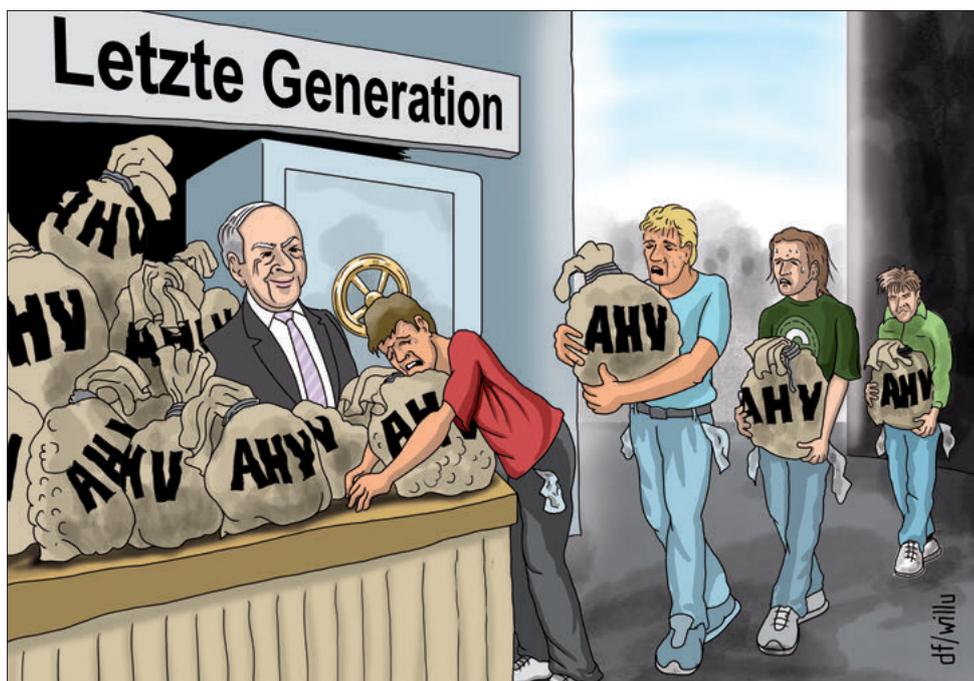
Keiner getraut sich mehr die Frage zu stellen, wohin die Reise führt. Es ist interessant, dass es oft erst gewalttätige Auswüchse und entsprechende Medienpräsenz braucht, um eine landesweite Wertediskussion in Gang zu bringen. Man merkt, dass es unterschiedliche oder besser gesagt beliebige Wertesysteme und somit auch differente Lebensäusserungen gibt. Doch müssen in einem Land mit multikulturellen Einflüssen automatisch Konflikte entstehen?

So lange keine kulturell-hierarchische Ordnung besteht, ja. Nicht aber, wenn das Land seine eigene Kultur mit seinen Bräuchen und Sitten, die historisch begründet und natürlich gewachsen sind, als Leitkultur versteht. Dabei können Einwohner aus anderen Kulturen ihre Sitten und Bräuche durchaus pflegen, sie haben sich nur bei Kollisionen in öffentlichen Systemen (z. B. Schule, Arbeitsplatz) der bestehenden Kultur unterzuordnen, womit sie auch gleich ihre Integrationsbereitschaft unterstreichen. Ansonsten stellt sich die Frage, wer hier wen integrieren will. Nun, diese Koexistenz ist eigentlich nicht neu und wäre sogar durch unsere Verfassung (z. B. Religions- und Glaubensfreiheit) geschützt. Aber warum entstehen trotzdem immer wieder Probleme?

Die Ursache liegt in einem falschen Verständnis des Freiheitsbegriffes. Viele liberale Geister verstehen unter Freiheit bedingungslose Toleranz, welche gleich zielführend ist wie anti-autoritäre Erziehung. Im Gegensatz dazu ist der christliche Freiheitsbegriff immer an Verantwortung gebunden. Nur wer in der Lage ist, Verantwortung für sein Handeln zu übernehmen, kann mit Freiheit umgehen. Daher müssen wir unsere Kultur als Basis nehmen und den Umgang mit unseren Werten lehren. Das heisst, die nicht verhandelbaren, grundlegenden Werte unserer Kultur vermitteln und auch einfordern.

Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz

Monats-Karikatur: «Ohne Klimaerwärmung?»



Drei Monate, zwei Sessionen: Ein Rückblick aus dem Bundeshaus

In der Januar-Ausgabe dieser Zeitung habe ich darüber berichtet, wie es mir nach den Nationalratswahlen vom 22. Oktober ergangen ist und was ich in den ersten Tagen unter der Bundeshauskuppel erlebt habe. Inzwischen sind mehr als drei Monate vergangen, und ich habe bereits die Winter- und Frühjahrsession hinter mir. Eine sehr intensive, aber auch spannende und sinnerfüllte Zeit.



Erich Vontobel, Nationalrat EDU ZH

Die Wintersession dauerte vom 4. bis 22. Dezember. Zum einen gab es die normalen politischen Geschäfte und Themen wie zum Beispiel:

- CO₂-Gesetz für die Zeit nach 2024
- Änderung des Energiegesetzes (Beschleunigung der Planungs- und Bewilligungsverfahren für Wasser, Solar- und Windkraftwerke)
- Umstrittener Mandats-Entwurf des Bundesrates für Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU), mit dem er die Schweiz institutionell an die EU anbinden will

Offizielle Höhepunkte waren aber bestimmt die Vereidigung des National- und Ständerats, sowie die Bundesrats- und Bundeskanzlerwahlen. Meine persönlichen Höhepunkte in dieser Zeit waren zudem:

- meine Berufung in die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK-N)
- das Weihnachtessen mit den drei Bundeshausbetern, an dem ich die israelische Botschafterin Ifat Reshef persönlich kennenlernen durfte, was mir bei meinen aktuellen Aufgaben sehr nützlich ist.
- ein Meeting, an dem Überlebende der terroristischen Anschläge der Hamas vom 7. Oktober 2023 in Israel berichtet haben. Eines wurde dabei deutlich: was am 7. Oktober in Israel geschehen ist, war nicht «bloss» ein Massaker, sondern ein absolut teuflisches Foltern und Abschlachten von Juden.

Wichtige Kommissionsarbeit

Im Januar fanden dann meine ersten APK-Sitzungen statt. Dabei habe ich diejenige Person kennen gelernt, welche im Auftrag der Schweiz an den Verhandlungen zum WHO-Pandemiepakt teilnimmt: Botschafterin Nora Kronig. Da ich einen Tag vorher für unsere Regionalzeitung einen Artikel mit dem Titel «WHO-Pandemievertrag: Segen oder Wolf im Schafspelz?» geschrieben hatte, war ich voll im Thema drin und konnte Kronig ein paar Fragen stellen, die sie vor versammelter Kommission beantworten musste.

Im Weiteren wurden mir innerhalb der 9-köpfigen SVP-Delegation der APK-N (die EDU gehört bekanntlich zur

SVP-Fraktion) Themen wie Bergkarabach (inkl. Armenien/Aserbaidschan) und UNRWA («Hilfsorganisation» mit Verbindungen zur Hamas im Gazastreifen) zugewiesen. Ende März werden wir mit der APK-N in Genf tagen, wo dann unter anderem ein Hearing mit UNRWA-Chef Philippe Lazzarini stattfinden wird. Ich habe mich darauf vorbereitet und werde ihm im Voraus ein paar heikle Fragen stellen mit dem Ziel, dass er Farbe bekennen muss. Aufgrund der mir zur Verfügung stehenden Informationen müsste die UNRWA unbedingt «stillgelegt» und die humanitäre Hilfe über andere Kanäle abgewickelt werden – über solche, die nicht mit der Hamas liiert sind.

Einstehen für Israel

Mit meinem Mandat in der APK-N und den oben geschilderten Be- und Gegebenheiten zeichnet sich ein Bild ab, das aussenpolitisch meinen Herzensanliegen entspricht. So zum Beispiel ein Einstehen für das Volk Gottes, wobei mir natürlich auch die leidende Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen nicht egal ist.

Während der Frühjahrsession waren zwei meiner Höhepunkte die Kundgebung gegen den sogenannten EU-Unterwerfungsvertrag vor dem Bundeshaus und die Aktion «BRING THEM HOME NOW!» (Bringt sie jetzt nach Hause!) zugunsten der immer noch weit über 100 gefangenen israelischen Geiseln. Andreas Gafner und ich haben mit einem gemeinsamen Bild in den sozialen Medien proklamiert: *«Die EDU steht hinter Israel und möchte dazu beitragen, dass die Geiseln bald freikommen, die Terroristen zur Rechenschaft gezogen werden und die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten wieder zur Ruhe kommen darf.»*

Ich bin sehr gerne in Bern und möchte zudem mit meinen Erfahrungen und Erlebnissen auch junge Leute motivieren, sich in der Politik zu engagieren. Dies, weil auch eine kleine EDU viel mehr bewirken kann als die meisten von uns ahnen. Nutzen wir als Christen dieses Fenster, solange es noch offen ist. ●



Die EDU-Nationalräte Erich Vontobel und Andreas Gafner unterstützen die Aktion «BRING THEM HOME NOW!» in Bern.



Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag! Unsere Nationalräte beteiligen sich an der kreativen Protestkundgebung vor dem Bundeshaus.

Ein Vierteljahrhundert EDU

Es gibt in der EDU kaum eine Person, die derart eng mit der Entwicklung der Partei verbunden ist, wie unser langjähriger Sekretär Harold Salzmänn. Im April 2024 darf Harold nun sein 25-jähriges «Dienstjubiläum» bei der EDU Schweiz feiern.

Als Harold Salzmänn vor einem Vierteljahrhundert im April 1999 seine Arbeit im Zentralsekretariat der EDU angetreten ist, war noch nicht absehbar, dass damit eine langjährige, äusserst fruchtbare Dienstzeit ihren Anfang nahm. Nachdem er als Mitarbeiter des Sekretariats begann, wurde Harold in Zeiten der Umbrüche immer wieder ins kalte Wasser geworfen – und stets hat er sich den neuen Aufgaben demütig gestellt. Über all die Jahre blieb er in der EDU eine Konstante, die loyal, zuverlässig und empathisch dafür sorgt, dass «der Laden läuft».



Bis heute versteht sich Harold als Diener, als «Arbeiter vor dem Herrn», der mit Leidenschaft Wünsche von Vorgesetzten und Mitgliedern umsetzt. Als Leiter des EDU-Zentralsekretariats in Thun, wo er zusammen mit seiner Frau Nicole die Geschicke führt, bringt ihn heute so schnell nichts mehr aus der Ruhe. Mit seinem charakteristischen Walliserdialekt und seinem markigen Humor ist Harold ein Sympathieträger, der in der ganzen EDU-Familie als treuer Schaffer und gute Seele hohes Ansehen geniesst.

Die Geschäftsleitung der EDU Schweiz dankt Harold Salzmänn für seine 25-jährigen Dienste von Herzen. Wir danken auch Nicole Salzmänn, die 2024 ihr 15-jähriges «EDU-Jubiläum» hat, herzlich für ihre zuverlässigen administrativen Dienste für die Partei. Wir sind stolz, Euch weiterhin in unseren Diensten zu halten und wünschen Euch für die Zukunft Gottes reichen Segen!

Geschäftsleitung EDU Schweiz

Bericht von der Frühlingsession 2024

Der Nationalrat setzte in der Frühlingsession (26. Februar bis 15. März 2024) viel Zeit dafür ein, um die angestauten Vorstösse abzuarbeiten.



Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE

Umsetzung «Kinder ohne Tabak»

Nachdem die Initiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» am 13. Februar 2022 vom Volk angenommen wurde, geht es jetzt um die Umsetzung dieser Initiative. Der Bundesrat hat einen ersten Entwurf gemacht, der in der Herbstsession 2023 vom Ständerat in einigen Punkten abgeschwächt wurde. Die vorberatende Kommission (SGK) des Nationalrates hat einige Verschärfungen eingefügt. Diskutiert wurde insbesondere über die mobile Werbung an Festivals. In den Abstimmungen stimmten wir beide EDU-Vertreter jeweils für die strengere Umsetzung, da wir als EDU auch Ja zur Initiative gesagt haben. Mit einem Einzelantrag forderte ich in Art. 18 auch eine Ausweitung des Werbeverbots bei Jugendlichen für nikotinhaltige Kautabakprodukte (beispielweise Snus), analoge Nikotinprodukte auf Cellulosebasis und darüber hinaus für THC-haltiges Cannabis und Hanf. Dieser Vorschlag ging der grossen Mehrheit im Rat zu weit und er wurde deutlich abgelehnt. Erich und ich stimmten in der Folge der Vorlage zu. Den meisten SVP-Vertretern ging die Umsetzung aber zu weit – SP und Grünen ging sie zu wenig weit. Die Vorlage wurde letztlich abgelehnt und geht nun an den Ständerat zurück. Lehnt auch der Ständerat ab, muss der Bundesrat einen neuen Vorschlag zur Umsetzung der Initiative präsentieren.



Grenzschutz und Entwicklungshilfe

Bereits 11 Staaten im Schengenraum schützen ihre Landesgrenzen, um die Migrationsströme besser überwachen zu können. Die SVP-Fraktion forderte dies auch für die Schweiz und beantragte eine Sondersession. Die anderen Parteien wollten jedoch nichts davon wissen und lehnten den Vorschlag deutlich ab. Ebenfalls abgelehnt wurde die Forderung, die Summe für Entwicklungshilfe auf zwei Milliarden pro Jahr zu begrenzen. Mit 118 zu 74 Stimmen war auch dieses Verdikt klar.

Landwirtschaft

Eine bereits vom Nationalrat angenommene Motion mit der Forderung, die Zulassungsbedingungen für Pflanzenschutzmittel aus dem EU-Raum massiv zu vereinfachen, wurde auch vom Ständerat bestätigt und muss nun vom Bundesrat umgesetzt werden. In der langen Liste der Vorstösse war auch meine Motion traktandiert, in der ich forderte, dass die Verwaltung und Verbuschung von Hanglagen gestoppt wird. Dabei sei der Wichtigkeit der Biodiversität sowie dem Potential dieser Hanglagen als Produktionsgrundlagen Rechnung zu tragen. Die Kosten für die Bewirtschaftung dieser Flächen solle zusätzlich budgetiert und nicht aus dem aktuellen Agrarbudget finanziert werden. Die Motion wurde leider mit 94 zu 92 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. SVP und die Mitte unterstützten meinen Vorstoss, leider stimmten einige Mitunterzeichner aus dem linken Lager dagegen, was letztendlich zum Scheitern der Motion führte. Ebenfalls ganz knapp, mit 95 zu 93 Stimmen, wurde jedoch eine Motion von Thomas Burgherr angenommen, die Massnahmen und Gesetzesanpassungen fordert, so dass das Volumen von stillgelegten Bauernhöfen, welche voll erschlossen sind (Verkehr, Strom, Wasser usw.), besser genutzt werden kann.

Die Landwirtschaftsvertreter haben eifrig Vorstösse an den Bundesrat eingegeben. Die Vorstoss-Liste wird somit sicher nicht kürzer. Ich habe mit Kollege Ernst Wandfluh einen anderen Weg gewählt und das direkte Gespräch mit unserem Wirtschaftsminister Guy Parmelin und seinen engsten Mitarbeitern gesucht. In einem guten Austausch konnten insbeson-

dere Anliegen aus der Berglandwirtschaft deponiert werden. Der Austausch soll wiederholt werden und 2026 wird der Bundesrat eine Botschaft für die Agrar-Politik 2030 präsentieren. Es geht nun also darum, dass die aktuellen Wünsche und Ideen eingegeben werden.

LGBT-Aktivismus abgewehrt

Ein Postulat forderte vom Bundesrat, qualitative Studien durchzuführen, um das Wissen über Mehrfachdiskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität zu vertiefen. Als Minderheiten-Sprecher der Kommission betonte ich die Überflüssigkeit dieser Forderungen unter anderem mit folgendem Zitat: *«Mit dieser übertriebenen Identitätspolitik wollen bestimmte Politiker, ja ganze Parteien und Interessengruppierungen 'diskriminierte' Minderheiten ausfindig machen und ihnen zu Hilfe eilen. Diesen Minderheitengruppen sollen Sonderrechte zugesprochen werden. Das aber zementiert deren Opferrolle und schafft neue Formen von Diskriminierungen und Diskriminierten. Stoppen wir das doch! Das braucht die Schweiz nicht. Es spaltet die Gesellschaft und schadet der politischen Kultur in unserem Land.*

Ein Blick über den Atlantik zeigt, in welche woken Abgründe das führen kann». Glücklicherweise wurde das Postulat mit 100 zu 84 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Finanzen

Nach dem eindeutigen Volksentscheid zur 13. AHV-Rente muss sich das Parlament sehr genau überlegen, wie es die benötigten Mittel ab 2026 bereitstellen kann. Seit längerer Zeit präsentiert die SVP-Fraktion Sparvorschläge, um den arg in Schieflage stehenden Finanzhaushalt wieder ins Lot zu bringen. Da ich nun auch Teil der Finanzkommission bin, liegt dieses Anliegen auch mir am Herzen. Betreffend Bedingungen und finanzielle Zusicherungen an die nächste Landesaustellung wollte der Bundesrat sich ein wenig mehr Luft verschaffen und die Kriterien erst 2028 bekannt geben. Auch hier war ich Minderheits-Sprecher unserer Kommission. Die finanzpolitischen Bedenken meinerseits fruchteten jedoch nicht. Der Rat stimmte dem Vorhaben der Kommission mit klarem Mehr zu und entschied sich somit gegen die Vernunft und den Bundesrat. ●

Keine Steuergelder für Israelfeinde

Seit gut vier Jahren bin ich nun im Parlament, und auch so lange in der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Schweiz-Israel. Ebenso lange beschäftigt uns auch die Frage, an wen die Unterstützungsgelder der Schweiz im Nahen Osten fließen.

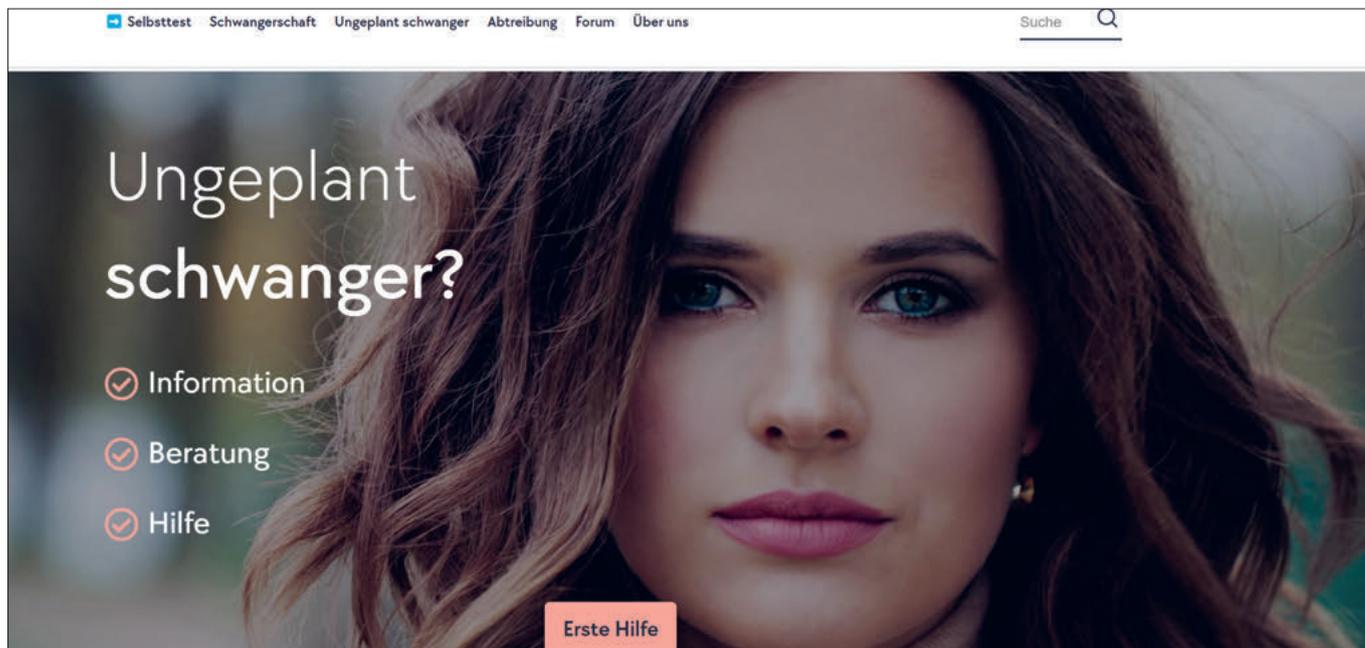
Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE

Im Januar habe ich mir die zwei ersten Bücher Mose vorlesen lassen von meiner Bibel-App. Eindrücklich, wie Gott zu Abraham gesprochen hat und ihm den Weg zeigte und Israel zu seinem Volk berief. Die Geschichte zeigt, Gott führte sein Volk später aus Ägypten und offenbarte sich vierzig lange Jahre quer durch die Wüste. Die Verheissung des gelobten Landes wird später mit Josua Realität. Die weitere Geschichte Israels kennen wir, nach der Zerstreuung in die ganze Welt während vielen Jahrhunderten wurde die Staaten-Gründung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorbereitet, von der UNO-Generalversammlung 1947 beschlossen und am 14. Mai 1948 verlas der erste Präsident David Ben-Gurion die Unabhängigkeitserklärung. Bereits in der folgenden Nacht erklärten sechs arabische Staaten Israel den Krieg. Seit diesem Zeitpunkt steht Israel im Fokus im Nahen Osten. Ich bin dabei überzeugt, Gottes führende Hand in der neueren Geschichte Israels zu sehen, auch wenn sicher nicht alles Tun seinem Willen entspricht.

Umstrittene UNRWA-Millionen

Die Schweiz hat in ihrem Budget 2024 Unterstützungsgelder in der Höhe von 20 Millionen für die UNRWA vorgesehen. Die UNRWA ist die UNO-Organisation, welche die palästinensischen Flüchtlings-Einrichtungen betreut. Sie ist in Jordanien, Syrien, Libanon, im Westjordanland und im Gazastreifen tätig. Die Zahl der Flüchtlinge hat sich innert sechzig Jahren verfünffacht und beläuft sich heute in der Grössenordnung von 5 bis 6 Millionen Menschen. Bereits 2004 gab der damalige Generalsekretär Peter Hansen zu, dass die UNRWA Hamas-Mitglieder angestellt habe. Er musste daraufhin seinen Job abgeben. In den letzten Jahren haben verschiedene Nationalräte dem Bundesrat und dem Aussendepartement wiederholt kritische Fragen zur UNRWA gestellt. Es sickerte immer wieder durch, dass in den Schulbüchern der UNRWA Hetze und Gewalt gegen Israel verherrlicht werde.

Dieser gekürzte Artikel ist in voller Länge zuerst im «Signal» 227 / 2024, der Zeitschrift des Schweizerischen Bunds Aktiver Protestanten (CHBAP), erschienen.



Für Frauen im Schwangerschaftskonflikt

Das Beratungsnetzwerk Profemina hilft Schwangeren kostenlos, sich zu informieren sowie professionelle Beratung und Hilfe zu bekommen. Die dazu von Spendern getragene Organisation 1000plus Schweiz betreibt auch Öffentlichkeitsarbeit, um auf die Not der Frauen aufmerksam zu machen und die Würde, den Wert und die Schönheit eines jeden Menschenlebens zur Geltung zu bringen.

Die Fragen stellte Lisa Leisi

«Standpunkt»: Herr Schächpi, was macht Profemina aus und unterscheidet dieses Angebot von anderen Lebensrechtsorganisationen?

Matthias Jean-Marie Schächpi: Bei Profemina gibt es einen Gedanken, der unsere gesamte Arbeit prägt – und dieser Gedanke ist schon in unserem lateinischen Namen ausgesprochen: Für die Frau. An diesem Prinzip richten wir uns aus. Wenn wir in unserer Beratung Frauen im Schwangerschaftskonflikt mit ihren Nöten, Sorgen und Ängsten sehen, fragen wir uns, was genau diese Frauen jetzt benötigen, um eine Entscheidung zu fällen, auf die sie ihr ganzes Leben lang stolz zurückblicken können; eine Entscheidung, die ihr Herz und das Herz ihrer Kinder unversehrt lässt. Anhand dieser Fragestellung konnten wir eine Beratung entwickeln, die die Bedürfnisse dieser Frauen ganz ins Zentrum stellt. Bei uns geht es nicht um Büro- und Telefonzeiten. Unsere Beratung findet online statt, so dass eine Frau in ihrer konkreten Notlage sofort Hilfe bekommt. Unsere Digitalberatung ist so niederschwellig und kann von der Frau in absoluter Anonymität in Anspruch genommen werden. Schon in der ersten

Antwort bekommen die Schwangeren in Not eine Hilfestellung, mit der sie ihre Probleme als Herausforderungen annehmen können – und in der meist schon eine Hilfe steckt, die ihnen ein «JA» ermöglicht. Eine Beratung ist bei uns zu jeder Zeit – via Smartphone – an jedem Ort möglich. Aus der Kommunikation mit mittlerweile mehreren hunderttausend beratenen Frauen wissen wir, dass es dieser Ansatz ist, der uns ganz besonders macht – und dass er unzählige Entscheidungen für das Leben ermöglicht.

Was macht das Angebot so erfolgreich und wie kommen Schwangere überhaupt auf ihre Beratungsplattform?

Wir richten unsere Webseite ganz auf die Frauen im Schwangerschaftskonflikt aus. Und diese Frauen haben ganz konkrete Nöte und Fragen, auf die sie Antworten suchen. Unsere Beratungsangebote sind darauf ausgerichtet, diese Fragen, die Schwangere in ihrer Not dann als erstes «googlen», zu beantworten und auf diesen aufbauend dann auch eine weiterführende persönliche Beratung möglich zu machen.

Schwangere fragen beispielsweise «Mein Freund will das Kind nicht, soll ich abtreiben?», «Bin ich zu jung für eine Schwangerschaft?» oder «Schwanger trotz Pille?». Unser Ziel ist, jede Frau in ihrer ganz eigenen Situation so anzunehmen und so ernst zu nehmen, dass ihr geholfen werden kann. Die ständig steigenden Zugriffszahlen zeigen, dass dieser Ansatz auch die Bedürfnisse der Frauen im Schwangerschaftskonflikt trifft. Wir haben jeden Tag rund 5'000 eindeutige Klicks von Schwangeren auf unsere Online-Angebote und ungefähr 700 bis 1'000 digitale und persönliche Beratungen. Möglich ist dies nur, weil wir bei Google die entsprechenden «Rankings» besetzen, auf welche heutzutage überhaupt noch geklickt werden; sprich unsere Suchbegriffe müssen auf den ersten fünf Plätzen zu finden sein, wenn danach googelt wird.

Was ist Ihre Arbeit, was für Personen arbeiten bei 1000plus und Profemina und wie finanzieren Sie sich?

Die von Kristijan Aufiero gegründeten 1000plus-Organisationen fördern und finanzieren das weltweite Beratungsangebot von Profemina. Ich bin der Geschäftsführer von 1000plus Schweiz, nehme aber auch bei Profemina noch eine Rolle wahr. Dort leite ich den Bereich der Digitalen Beratung, in welchem rund 30 Mitarbeiter in vier verschiedenen Abteilungen und mit ganz unterschiedlichen Aufgaben unseren Internetauftritt realisieren. Unsere Webseite muss stets inhaltlich und technisch auf dem allerneuesten Stand sein, damit wir «unseren» Schwangeren in Not die bestmögliche Beratung zukommen lassen können – und damit diese unsere Angebote



im Internet überhaupt finden können. Es sind SEO-Experten, Programmierer und Software-Profis, die das sicherstellen. Unsere professionellen Beraterinnen haben Medizin, Psychologie oder Logotherapie studiert und werden in Vollzeitstellen entlohnt. Und schliesslich sind es die Übersetzerinnen, die dafür sorgen, dass diese Beratungsimpulse in immer mehr Ländern getragen werden. Möglich ist das alles nur, weil sich unter dem Namen 1000plus tausende Menschen hinter diese Aufgabe gestellt haben, die mit ihrer finanziellen Unterstützung diese Hilfe möglich machen.

Seit wann gibt es Profemina, wie sind die Entwicklungen in der Schweiz und in welchen Ländern ist das Beratungsnetzwerk aktiv?

Profemina ist seit 1999 aktiv für Schwangere in Not. Da es sich dabei ursprünglich um ein Beratungsangebot in deutscher Sprache handelt, haben sich auch schon seit jeher Frauen aus der Schweiz an uns gewandt. Mittlerweile sind es jedes Jahr mehrere tausend Schweizerinnen, die auf unserer Beratungsplattform profemina.org Information, Beratung und Hilfe erhalten. Seit geraumer Zeit stellen wir für diese Schwangeren in Not auch spezifische Informationen, etwa zu geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz, zur Verfügung. Neben den deutschsprachigen Regionen gibt es zum jetzigen Zeitpunkt auf unserer Homepage Informations- und Beratungsangebote für Frauen aus den USA, Italien und Portugal. Angebote für weitere Länder folgen.

Zur Person:

Matthias Jean-Marie Schächli, 37 Jahre alt, aufgewachsen in Eschenbach (SG), mittlerweile wohnhaft in Lana bei Meran in Südtirol. Er ist Geschäftsführer von 1000plus Schweiz und Digitalchef bei Profemina International in Bozen.

Verweise:

www.1000plus.net/de-ch

www.1000plus.net/de-ch/offener_brief_sg

«UND SCHLIESSLICH SIND ES BIS HEUTE ZEHNTAUSENDE MÜTTER, DIE TROTZ ALLER WIDERSTÄNDE JA ZUM LEBEN GESAGT HABEN.»

Wie wissen Sie, ob Ihre Plattform ankommt, Frauen echte Hilfe bekommen und Ungeborene rettet?

Wir wissen, dass unsere Angebote von Jahr zu Jahr von mehr Frauen in Anspruch genommen werden. Wir evaluieren ihre Zufriedenheit stetig. Über 95 % der Frauen, die an dieser Evaluation teilnehmen, signalisieren uns ihre Zufriedenheit. Mit manchen Frauen sind unsere Beraterinnen auch längere Zeit im Kontakt, manchmal weit über die Geburt des Kindes hinaus. Die Rückmeldungen, die emotionale Bindung, die sich da teilweise aufbaut, sind eine schöne Bestätigung. Bei unseren Niederlassungen in Deutschland sind es auch die über 750 Google-Bewertungen mit fünf Sternen, die zeigen, dass diese Hilfe ankommt. Und schliesslich sind es bis heute zehntausende Mütter, die trotz aller Widerstände JA zum Leben gesagt haben.

Sie haben auch mit Widerständen zu kämpfen, etwa durch die International Planned Parenthood Federation (IPPF). Erzählen Sie.

Die IPPF ist der weltweit grösste Akteur der Abtreibungsindustrie und vereint rund 150 Organisationen auf der ganzen Welt, in der Schweiz beispielsweise die grossteils staatlich finanzierte «Sexuelle Gesundheit». Die IPPF scheint jetzt erkannt zu haben, dass die Zukunft ihrer «Beratung» ebenfalls in der Digitalisierung liegt. Aus diesem Grund hat sie im vergangenen Jahr ein Strategiepapier veröffentlicht. Darin finden sich die Ziele, Nummer Eins zu bleiben bei stationären Abtreibungen – und führend zu werden im Bereich der weltweiten «Digitalberatung» von Schwangeren in Not. Dem-

entsprechend hat die IPPF auch schon – ziemlich eindeutige(!) – Kopien unserer Beratungstools veröffentlicht. Zum Leben werden dort Schwangere allerdings nicht beraten. Ihnen werden vielmehr Abtreibungspillen verkauft.

Woran sind Sie im Kanton St. Gallen?

Wir sehen uns gerade in einer schwierigen Situation, in einer, die wir in der Schweiz nicht für möglich gehalten hätten. Der Kanton St. Gallen verweigert uns die – im Vorhinein als ziemlich sicher in Aussicht gestellte – Anerkennung als gemeinnützige Organisation. Die zentrale Mission – nämlich mit Schwangeren gemeinsam Alternativen zur Abtreibung zu erarbeiten und so ein Ja zum Leben zu ermöglichen – wird vom Steueramt offensichtlich nicht als gemeinnützig erachtet. Aus diesem Grund haben wir einen Offenen Brief mit breiter Unterstützung und prominenten Erstunterzeichnern auf unserer Webseite lanciert [siehe «Verweise», d. Red.]. Erfreulicherweise erleben wir eine grosse Welle an Solidarität und sind gerade den vielen EDU-Politikern und -Sympathisanten sehr dankbar, die schon unterschrieben haben.

Sie führen unter anderem Babyflaschen-Aktionen in christlichen Gemeinden durch. Was ist damit gemeint?

Wir wissen, dass die allermeisten unserer Unterstützer aktive Christen sind, in ihren Gemeinden engagiert und bereit, für Schwache einzustehen. Ohne diese Menschen wäre die Profemina-Beratung nie möglich gewesen. Deswegen fragen wir Kirchengemeinden an, ob wir unsere Arbeit bei ihnen vorstellen dürfen. Wir erzählen dann von dem, was bei Profemina täglich passiert – und davon, wie Schwangere in Not durch die Profemina-Beratung wieder Hoffnung schöpfen und sich danach in zwei Drittel der Fälle für ihr Kind entscheiden. Wir verteilen unsere grün-weissen Babyflaschen («Schöppeli-Flaschen»), die freiwillig mit nach Hause genommen und mit Kleingeld gefüllt werden können. Einige Tage oder Wochen später kommen wir in die Gemeinde zurück und nehmen unsere «Schöppeli-Flaschen» wieder mit. ●





Kirchen im Fokus der Politik

In der Frühlingsession des Grossen Rats wurden gleich drei Vorstösse beraten, welche sich mit Themen rund um die Kirchen befassen.



Jakob Schwarz, Präsident der EDU-Grossratsfraktion

Eine Untersuchung der Uni Zürich zum Thema sexueller Missbrauch im Umfeld der römisch-katholischen Kirche hat erschreckende Ergebnisse ans Licht gebracht. Über Jahre wurde sexueller Missbrauch betrieben, welcher von Vertretern der römisch-katholischen Kirche verschwiegen, vertuscht oder durch Wegschauen toleriert wurde. Ein Vorstoss verlangte nun, die der römisch-katholischen Kirche gemäss Landeskirchengesetz zustehenden Zahlungen einzustellen, bis die Kirche dem Grossen Rat ein Konzept für die Vermeidung von solchen Fällen vorgelegt hätte. Auch wenn diese Taten schwerwiegend und verabscheuenswürdig sind und sehr betroffen machen, besteht keine gesetzliche Grundlage für eine Sistierung der Zahlungen. Ein Unrecht mit einem weiteren Unrecht zu vergelten und auch Unschuldige zu bestrafen, sahen wir als falschen Weg. Zudem habe ich in der Debatte darauf hingewiesen, dass das Augenmerk nicht nur auf die römisch-katholische Kirche zu richten ist, sondern auch in anderen Kirchen, in Heimen, Vereinen, Jugendlagern und bis zu Schulen und Kitas diesem Problem die nötige Aufmerksamkeit zu schenken ist. Denn jeder Vorfall ist einer zu viel. Die Mehrheit unserer Fraktion und letztlich auch der Grosse Rat hat den Vorstoss abgelehnt.

Überwiesen wurde jedoch mit unserer Unterstützung ein weiterer Vorstoss zum gleichen Thema, der Massnahmen von der römisch-katholischen Kirche forderte, um Geistliche einer Leumundsprüfung zu unterziehen und Ausbildungsanforderungen zu definieren, welche zum

Thema Missbrauch und Aufklärung von Missbrauchsvorwürfen Wirkung erzielen sollen.

Der Vorstoss «Freiwillige Kirchensteuer für juristische Personen» sorgte ebenfalls für eine längere Debatte. Der Vorstoss reihte sich ein in regelmässige Versuche vergangener Jahre, die Kirchensteuer für juristische Personen abzuschaffen. Obwohl unsere Fraktion aus KMU-Leuten besteht, sich die meisten in Freikirchen bewegen und uns das einseitige politische Engagement der Kirche missfällt, hat unsere Fraktion diese Motion nicht unterstützt. Als Fraktionssprecher habe ich darauf hingewiesen, dass die Kirchen vor allem in ländlichen Gebieten mit ihrer Tätigkeit vielen Leuten einen wichtigen Halt in allen Lebenssituation bieten und dort ihre Kernaufgaben oftmals vorbildlich wahrnehmen. Sie bieten auch denjenigen Unterstützung, die in guten Zeiten nichts von der Kirche wissen wollen und dann plötzlich in Krisensituationen um Hilfe suchen. Sie leisten in diesen Gemeinden für das Gemeinwohl einen wichtigen Beitrag, welcher zu einem grossen Teil freiwillig und ehrenamtlich geleistet wird. Wenn der Staat dies alles organisieren und finanzieren müsste, käme das den Staat viel teurer zu stehen. Mit einem beträchtlichen Wegfall von Kirchensteuern kämen dann vor allem die Kirchgemeinden auf dem Lande unter Druck, welche auf Grund ihrer Grösse «nicht rentabel» sind. Die städtisch geprägte Kirche könnte sich auf Grund ihrer Grösse und ihrer «modernen Ausrichtung» besser behaupten. Dieser Entwicklung möchte unsere Fraktion keinen Schub verleihen. Der Grosse Rat hat den Vorstoss nur in der unverbindlichen Form eines Postulats als Prüfauftrag überwiesen. •



Hier gestalten wir mit

Das Engagement der EDU im Grossen Rat ist vielseitig. Es gilt, bei grösseren wie auch kleineren Geschäften mitzudenken und mitzureden. Eine grobe Zusammenfassung, wo und wie die EDU-Fraktion in der vergangenen Session vom 4. bis 14. März 2024 mitgestaltet hat.



Auslagerung Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt, Katharina Baumann

Das gut funktionierende Amt soll ausgelagert werden. Die Sicherheitsdirektion erhofft sich damit Flexibilisierung und Vereinfachung. Durch schlechte Auswüchse bei anderen Kantonsbeteiligungen zeigte sich der Grosse Rat aber sehr kritisch und weist den Bericht mit neun Auflagen zurück.



Gleiche Betreuungszulagen auch für kinderreiche Familien, Samuel Kullmann

Mitarbeiter des Kantons haben Anspruch auf Betreuungszulagen. Die Betreuungszulage beträgt für das erste Kind 250 Franken pro Monat, für das vierte Kind jedoch nur noch 40 Franken pro Monat. Für ein fünftes und sechstes Kind sieht die Personalverordnung keine Betreuungszulage mehr vor, obwohl dies gemäss Personalgesetz durchaus möglich wäre. Ein treuer EDU-Wähler machte uns auf diesen Sachverhalt aufmerksam. Der Grosse Rat stimmte dem Vorstoss von Samuel einstimmig zu – damit diese Regelung überprüft werden soll, pro Kind derselbe Betrag ausgerichtet wird und kinderreiche Familien damit besser unterstützt werden.



einem amerikanischen Fall verglichen. Die Redaktion ignorierte vorhandene Tatsachen. Dies führte dazu, dass die beteiligten Polizisten auf heftigste Art und Weise von einer breiten Öffentlichkeit vorverurteilt und sogar als «Mörder» verunglimpft wurden. Gemeinsam mit weiteren Grossräten und Grossrätinnen reichte Katharina eine Motion ein, welche den Regierungsrat auffordert, sich in mehreren Rechtspunkten für den beschuldigten Kantonsangestellten einzusetzen. Die Motion wurde mit 75 zu 65 Stimmen (bei 12 Enthaltungen) überwiesen.



Kredit Bernapark Stettlen, Dominik Blatti

Das Kantonale Laboratorium und der Pharmazeutische Dienst sind im Salvisbergbau an der Baltzerstrasse 5 / Muesmattstrasse 19 in Bern untergebracht. Der kantonseigene Bau weist erheblichen Sanierungsbedarf auf und soll in mehreren Etappen gesamtsaniert werden. Da die Gebäude nicht während laufendem Betrieb saniert werden können, braucht es eine zehnjährige Wechselstellung. Im Bernapark wurde ein geeigneter Platz gefunden. Dem 35 Millionen teuren Mieterausbau wurde zugestimmt. Dem Abänderungsantrag von Dominik, aus der Wechselstellung eine langfristige Lösung zu machen, wurde zugestimmt.

Machtmissbrauch durch Medienkonzern, Katharina Baumann

Getrieben von einem vermeintlichen Skandal, hat die Redaktion von «Bund» und Berner Zeitung einen Vorfall vor der Heiliggeistkirche mit

Steuerstrategie 2030 und Abschaffung der Heiratsstrafe, Samuel Kullmann

Die EDU-Fraktion hat sich bei der Beratung der Steuerstrategie 2030 für die von der Regierung vorgeschlagenen Steuersenkungen ausgesprochen. Damit soll sich der Kanton bezüglich der Steuerbelastung dem Mittelfeld annähern. Zudem ist der Grosse Rat mit 101 zu 39 Stimmen dem Aufruf der EDU-Fraktion gefolgt, die «Heiratsstrafe» bei der Vermögenssteuer zu beseitigen.

Armut im Kanton Bern erfassen und bekämpfen, Katharina Baumann

Es gibt Armut im Kanton Bern. Viele Haushalte liegen knapp über der Armutsgrenze. Die vorliegende Motion war ein Versuch, Armut in unserem Kanton aufzuzeigen und damit gezielter bekämpfen zu können. Nur wenn genaue Aussagen





über Armut und ihre Ursachen, über Armutsbetroffene sowie Risikogruppen und die Entwicklung von Armut vorliegen, ist es möglich, Armut vorzubeugen. Als Mitmotionärin stützt Katharina ein kantonales Armutsmonitoring, womit gezielt vielschichtige Fakten und Bedürfnisse aufgezeigt werden. Beide Punkte wurden schliesslich als Postulat überwiesen.

Berner Solarinitiative, Dominik Blatti

Nach einer vierstündigen Debatte wurde die Vorlage vom Grossen Rat an die Kommission mit Auflagen zurückgewiesen. Die Rückweisung wurde von der EDU mitgetragen und durch Dominik im Rat vertreten. Die Rückweisung mit Auflagen beinhaltet diverse Punkte, welche auch

für die EDU-Fraktion zwingend berücksichtigt werden müssen.

Gegenvorschlag zur Solarinitiative, Bruno Martin

Die EDU-Fraktion sieht die Debatte nicht als Verzögerung, sondern als demokratisch wertvolle Arbeit. Beschlüsse des nationalen Parlaments werden im Sommer bekannt, daher ist ein Befinden in der Herbstsession sicher eine gute Variante. Die turbulent geführte Debatte zeigt, dass verhärtete Fronten in den Kommissionen und im Grossen Rat keine vorbildlichen Lösungen zulassen. Die EDU-Fraktion hat viel dazu beigetragen, um einen guten Gegenvorschlag zur Solarinitiative zu gestalten. •

Aufarbeitung fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen

Gerade im oberen Emmental war das Verdingen von Kindern bis in meine Generation Gang und Gäbe. Die finanzielle und soziale Not war oft derart gross, dass sie nicht selber hätte bewältigt werden können. Vor wenigen Generationen auch in meiner Familie.



Katharina Baumann, Grossrätin, Münsingen

Es ist ein Segen, dass ich gute Beispiele und Lebensgeschichten kennen darf. Gute und hilfsbereite Menschen gab und gibt es Gott sei Dank immer noch. So auch mein geliebter Urgrossvater, in dessen Familie mein Grosi als kleines Mädchen verdingt und später sogar adoptiert wurde. Auch wenn nicht alle Kinder in guten Umfeldern aufwachsen konnten, dürfen wir dennoch nicht nur Steine werfen. Die sozialen Verhältnisse der damaligen Zeit waren alles andere als stabil, und das Eingreifen in eine Familie oder Umstände mit äusserst schwierigen Verhältnissen hat manches Leben gerettet. Arbeit gegen Kost war gross über den Leben vieler Menschen geschrieben. Dankbar schauen ehemals verdingte Personen auf eine Lebensschule zurück, durch welche sie wachsen und sich ihre Leben stabilisieren durften.

Unsere Motion beleuchtet weniger die guten Fälle. Diese brauchen ja auch keine explizite Unterstützung mehr. Aber für jene Betroffene, die sich leider ganz anderen Umständen stellen mussten, wollen wir unbedingt eintreten und ihnen weiterhin Beistand und Würde bieten.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, was unsere Nachkommen in 20 oder 50 Jahren über die heutige Zeit denken werden? Werden wir unserer Verantwortung gerecht? Wie das damalige Sozialsystem fordert uns auch das heutige Sozialsystem. Werte, auf der einen Seite durch Konstanz geprägt. Werte, auf der anderen Seite stetem Wandel unterlegen. Vergessen wir das nicht!

Die EDU-Fraktion stützte den Vorstoss. Das Postulat wurde mit 82:73 überwiesen. •



Wechsel im Vorstand EDU Frutigen

An der diesjährigen Hauptversammlung vom Februar 2024 der EDU Frutigen wurden Präsidium und Sekretariat neu belegt.

Der Vorstand der EDU Frutigen (v.l.n.r.):
Abraham Studer,
Corinne Bärtschi,
Stephan Stoller
Christof Pieren,
Silvia Oester

Der bisherige Präsident Jakob Ryter wurde nach 18 Jahren Vorstandsarbeit (davon 17 Jahre als Präsident) verabschiedet. Die Nachfolge von Jakob wird der bisherige Vize-Präsident Stephan Stoller übernehmen. Stephan Stoller ist ebenfalls 18 Jahre im Vorstand vertreten und war 8 Jahre Gemeinderat in Frutigen (Ressort Soziales). Auch der bisherige Sekretär Christian Brunner wird verabschiedet. Christian Brunner war 11 Jahre im Vorstand als Sekretär. Corinne Bärtschi wird neu im Vorstand als Sekretärin vertreten sein.

Zu den Gästen zählten an diesem Abend unter anderen Dominik Blatti (Grossrat EDU), Willy Schranz (Gemeindepräsident Adelboden EDU) und André Wehrli (Präsident EVP Frutigen). Mit ihren kurzen Statements bereicherten sie die Versammlung. Beim anschliessenden gemütlichen Teil, zu Hobelkäse und Butterzopf, durfte noch reichlich ausgetauscht und diskutiert werden. •



Agenda

**Delegiertenversammlung
EDU Kanton Bern**

Montag, 15. April 2024

Zeit: 19.30 Uhr

**Ort: Erlenau Park (Auditorium, 5. Stock),
Erlenauweg 17, 3110 Münsingen**



Beten bewegt

Krista Baier, Präsidentin EDU Stadt Bern

Jesaja 41:18: «Sondern ich will Wasserflüsse auf den Höhen öffnen und Brunnen mitten auf den Feldern, ich will die Wüste zu Wasserseen machen und das dürre Land zu Wasserquellen;»

Der Prophet Jesaja richtete sich in seinen Botschaften vor allem an das Volk Juda, aber er warnte auch das nördliche Reich Israel und die Nachbarvölker. Letztlich aber verkündet Jesaja Botschaften von Hoffnung und allumfassendem Frieden. Damit diese sichtbar werden, ist unser Auftrag, dass wir als Träger von Gottes Gegenwart ein ernsthaftes Ja dazu haben, stets den Frieden zu suchen, selbst wenn es uns widerstrebt.

Dazu heisst es im Hebräer 12:14-15 (Elbf.):

«Jagt dem Frieden mit allen nach und der Heiligung, ohne die niemand den Herrn schauen wird; und achtet darauf, dass nicht jemand an der Gnade Gottes Mangel leidet, dass nicht irgendeine Wurzel der Bitterkeit aufsprösst und (euch) zur Last wird und durch sie viele verunreinigt werden;»

Wenn wir demütig mit und vor Gott wandeln, wird dieser Friede erst möglich sein, denn wir können Frieden nicht durch eigene Kraft in uns bewahren, wie es in Jesaja 57:15 (Elbf) geschrieben steht:

«Denn so spricht der Hohe und Erhabene, der in Ewigkeit wohnt und dessen Name der Heilige ist: In der Höhe und im Heiligen wohne ich und bei dem, der zerschlagenen und gebeugten Geistes ist, um zu beleben den Geist der Gebeugten und zu beleben das Herz der Zerschlagenen.»

Hoffnungsvoll tragen wir die Gegenwart des Herrn in uns, Krista. •



EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

EDU KANTON BERN
Erlenauweg 17
3110 Münsingen

Telefon 031 991 40 40
info@be.edu-schweiz.ch
edu-be.ch

REDAKTION
Anian Liebrand

GESTALTUNG
mj-design.ch

DRUCK UND SPEDITION
Jordi AG, Belp

FOTOS
Seite 1: AdobeStock
Seite 2: AdobeStock
Seite 3: AdobeStock
Seite 4: AdobeStock, z.V.g.

Windenergie – alles andere als sinnvoll

In der Herbstsession 2023 hat das Parlament den Mantelerlass verabschiedet. Dieser bezweckt den schnellen und starken Ausbau erneuerbarer Energien im Zusammenhang mit der Energiestrategie 2050. Dazu gehört auch die Windenergie. Dagegen wurde das Referendum ergriffen und dieses kommt am 9. Juni 2024 zur Abstimmung.

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen



Die Gegner des Mantelerlasses beklagen, dass damit die Stromproduktion generell Vorrang vor dem Natur- und Landschaftsschutz haben soll. Ebenso, dass die kommunalen Interessen und diejenigen der

Bevölkerung untergeordnet werden. Es ist vorgesehen, die Stromgewinnung mit 2'000 Windkraftanlagen und über 300 km² Solarflächen für mindestens 45 Terawattstunden (TWh) voranzutreiben und womöglich durchzusetzen. Leider vernimmt man in den offiziellen Medien selten eine richtige Auseinandersetzung mit Pro und Kontra und damit den Begleiterscheinungen, welche gerade Windkraftwerke zur Folge haben. Deshalb sollen einmal Argumente des Kritikers Siegfried Hettegger von Freie Landschaft Schwyz zum Zug kommen, die er an Vorträgen in St. Gallen und Kirchberg im Frühjahr 2024 vorgestellt hatte.

Die Schweiz – ein Windland?

Windpotential gibt es vor allem an den Küsten, auf dem Meer, in Irland, England, Dänemark und den Niederlanden, aber die Schweiz sei kein Windland. So gibt es beim Windkraftwerk Haldenstein bei Chur eine mittlere Windgeschwindigkeit von fünf Metern pro Sekunde. Die Auslastung beträgt 17% und wirtschaftlich wäre es ab 8m/s und einer Auslastung von 40%. Trotzdem sind die Betreiber zufrieden. Bei Subventionsbeiträgen des Bundes von 13-23 Rappen pro Kilowattstunde (kWh) verwundert dies nicht. Das Windkraftwerk Haldenstein produzierte im Jahr 2020 Strom im Wert von 163'301 Franken und bekam dafür 755'008 Franken vergütet. Die durchschnittliche Auslastung der Windkraftanlagen betrug im Jahr 2022 19,7%. Die Leistungsdichte, verglichen mit Wasser- oder Kernkraft, ist sehr klein. Bei einem Bevölkerungswachstum von 1% sei der Stromgewinn nach acht Jahren wieder zunichte. Die Schweizer Kernkraftwerke erzeugen jährlich rund 22 Milliarden Kilowattstunden Strom.

Wichtig zu wissen

Es braucht eine zusätzliche Stromreserve von 100%, wenn der Wind nicht bläst. Aktuell haben wir landesweit eine Winterstromlücke von 10'000 bis 20'000 Gigawattstunden (GWh). Der Windertrag beträgt gegenwärtig 169 GWh, was einem Stromerzeugungsanteil von 0,3% entspricht. Allein im Kanton St. Gallen sind an 17 Standorten 92 Windkraftwerke geplant. Bei einer

Gesamthöhe von 250 Metern gelten in der Schweiz weltweit die geringsten Mindestabstände: 300 Meter für Einzelgebäude und 500 Meter für Wohnzonen. In England sind es 3'000 Meter. In Dänemark gilt wenigstens eine 4-mal die-Höhe-Regel.

Der Bau einer Windkraftanlage geht einher mit immensen Bau- und Erschliessungskosten. Dazu zählen der Bau von Strassen, der Abtransport von Aushubmaterial und der Transport von Unmengen Beton für die Verankerung. Für all das sind 1'000 bis 2'000 Lastwagen-Fahrten nötig.

Fazit für die Schweiz

In unserem Land gibt es zu wenig Wind und zu wenig Platz. Der Schaden ist viel grösser als der Nutzen. Die Kosten für die täglich x-fachen Eingriffe zur Stabilisierung des Stromnetzes wegen geförderten Stromspitzen und -lücken durch den zunehmenden Flutterstrom müssten auch einmal offengelegt werden. Wer profitiert, sind allein die Investoren und Grundeigentümer von Windkraftanlagen.

Fortsetzung auf Seite 12



Fortsetzung von Seite 11

Wichtige Begleiterscheinungen

Mit Windkraft einher gehen Landschaftsveränderung, Lärm, Schattenwurf, Eiswurf, nächtliche Befeuerung, Infraschall, Optische Bedrängungswirkung und Todesfallen für Tiere. Neben diversen Vögeln sind in Deutschland 100'000 bis 400'000 Fledermäuse pro Jahr davon betroffen. Radar könne das Problem nur reduzieren, aber nicht lösen. Der Biodiversitätsschwund wird zusätzlich vorangetrieben, die Entwertung von Immobilien und die Senkung der Standortattraktivität sind ebenso zu nennen. Zu den Verlierern gehören die Anwohner, die gesamte Bevölkerung der Region, die Gemeinden, die Natur und Tiere, Wälder sowie die Steuerzahler und Strombezüger wegen höheren Strompreisen. Die Energiestrategie 2050 mit dem Kernkraftwerkverbot muss dringend überdacht werden.

Ausblick

Falls die Vorlage (Mantelerlass) angenommen wird, soll sie auf den 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt werden. Dazu muss die Vernehmlassung zu den Umsetzungsverordnungen bereits vor der Volksabstimmung durchgeführt werden.

Die Vernehmlassung dauert vom 21. Februar bis zum 28. Mai 2024. Möge sich der ideologisch motivierte fatale Irrweg verhindern lassen. Die Gemeindefürsorge- und Waldschutz-Initiativen sind dazu ebenfalls wichtige demokratische Abwehrmassnahmen. ●

Weitere Infos:

www.freie-landschaft-sg.ch

www.kernenergie.ch/de/schweizer-kernkraftwerke_content---1--1068.html



Abzocker-Auswüchse unserer «Öko-Agrarpolitik»

Kürzlich hat das Bundesamt für Landwirtschaft die neue Statistik betreffend Direktzahlungen in der Landwirtschaft veröffentlicht. Was mich stutzig machte, war die Aussage, dass die Zahl der Betriebe, die zwischen 200'000 und 300'000 Franken pro Jahr kassierten, von 2020 bis 2023 von 505 auf 676 gestiegen sei.



Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

Ich rieb mir die Augen, aber nicht genug! Die Zahl der Betriebe, die über 300'000 Franken kassierten, stieg zwischen 2020 und 2023 um 46 % auf 139! Klar, das ist nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Aber ein Direktzahlungssystem, das zulässt, dass jemand vom Staat unter irgendeinem Titel 300'000 Franken «gratis» abkassiert, ist aus meiner persönlichen Sicht abartig krank! Wie blöd muss sich da ein Gewerbler vorkommen, der sich mit seinem Familienbetrieb und vielleicht ein paar Mitarbeitern im direkten Konkurrenz-Alltag behaupten muss, auch mit Betrieben aus der EU?

Zunehmende Marktorientierung

Als ich meine landwirtschaftliche Ausbildung Mitte der 60er-Jahre machte, konnte die Landwirtschaft ein-

fach produzieren und der Bund sorgte mit Hilfe von mächtigen Verbänden für den Absatz, bei Bedarf mit massiv subventionierten Überschussverwertungen. Die Bauern selbst hatten praktisch keine Marktverantwortung. Zum Glück hat sich dies geändert und die Bauern mussten gezwungenermassen ihre Produktion zunehmend dem Bedarf des Marktes anpassen. So wurden z. B. der Käse- und Weinmarkt liberalisiert, der Grenzschutz reduziert. Und siehe da: Der Druck des Marktes bewirkte eine Anpassung der Produktion und eine Verbesserung der Qualität. Beim Käse wurde plötzlich auch für den Inlandmarkt Exportqualität produziert, anstelle der vom Bund dauernd verbilligten Waren minderer Qualität. Beim Wein sank dank Beschränkung der Erntemenge pro m² die produzierte Menge mit gleichzeitig steigender Qualität der

einheimischen Weine. Käse- und Weinproduktion stehen auch heute in einem harten Konkurrenzkampf. Ich bin der Ansicht, dass auch heute z. B. bei Milch und Fleisch kein Weg an der Anpassung der Produktmenge und -qualität an den Bedarf des Marktes vorbeiführt!

Marktverzerrungen

Notwendig wäre auch eine internationale Korrektur der heute üblichen Überschussentsorgung mit Hilfe von direkten oder indirekten Export-Subventionen. Damit zerstören die Überschussländer den entsprechenden Markt im Empfängerland, z. B. gerade auch in Entwicklungsländern. Die Schweiz profitiert enorm von solchen Überschussentsorgungen, vor allem aus der EU. Diese sogenannten «freien Weltmarktpreise» sind dann bei uns Grundlage und Vergleichswert für die Produzentenpreise in der Schweiz. Aber diese Preise an der Grenze sind fast immer mit Subventionen verbilligte Dumpingpreise. Nötig wäre ein Konsens, dass Agrarprodukte eine Landesgrenze nur zu Preisen überqueren dürfen, die im Produktionsland dem Produzenten einen fairen Lohn garantieren. «Fair trade» – Ja, aber zuerst für das eigene Gewerbe und die eigene Landwirtschaft!

Konsumenten-Subventionen

Zurück zu den Direktzahlungen. Der Bund gibt pro Jahr rund 2,8 Milliarden Franken für landwirtschaftliche Direktzahlungen aus. Aus meiner Sicht ist die Bezeichnung «Landwirtschaftsausgaben» für diese Bundesausgaben falsch. In den Industriestaaten wird allgemein eine Landwirtschaftspolitik verfolgt, welche die Lebensmittelpreise tief hält, damit grössere Einkommensteile der Bevölkerung für den allgemeinen Konsum, Freizeit und Vergnügen etc. übrigbleiben. Die Bauern in den Industriestaaten werden darum mit irgendeiner Form von direkten oder indirekten Zuschüssen über Wasser gehalten. Unsere «Landwirtschaftsausgaben» inkl. Direktzahlungen sind deshalb eher «Konsumenten-Subventionen», damit man den Bauern nicht den Produzentenpreis zahlen muss, der ihnen für einen fairen Lohn zusteht.

«Öko-Direktzahlungs-Zirkus»

In den letzten 20 bis 30 Jahren wurde unsere Landwirtschaft zunehmend unter dem Titel umweltgerechte und ökologische Produktion in eine de facto «Öko-Dikta-

tur» überführt. Die Bauern sind gezwungen, sich an die staatlichen Direktzahlungsbrüste zu hängen, wenn sie überleben wollen. Sie sind quasi zu Staatsmarionetten der Direktzahlungs-Verordnung (DZV) mutiert. Wohlverstanden: grundsätzlich bei der landwirtschaftlichen Produktion unsere Umwelt und natürlichen Ressourcen zu schonen und verantwortungsbewusst zu nutzen, ist richtig. Auch unsere Väter produzierten grundsätzlich mit der Natur und nicht gegen die Natur, auch wenn sie dazu Pflanzenschutz-Massnahmen und mineralische Dünger zu Hilfe nahmen. Aber in der DZV sind heute fuderweise politisch-ideologische Ziele verpackt. Das zeigt ein Blick auf DZV-Artikel 2. Dort sind sage und schreibe 23 verschiedene Titel aufgeführt, zu denen Direktzahlungsbeiträge beantragt werden können. Ein Schlaraffenland, in dem sich erfinderische Interessenten ein richtiges Abzocker-Menu zusammenstellen können. Das ist aber noch nicht alles: Dieser ganze Öko-Direktzahlungs-Zirkus beschäftigt eine Bürokratie- und Datenkrake, die mit Datenerhebungen, Kontrollen und Prüfungen beschäftigt wird. Selbstverständlich auf Kosten der Steuerzahler, die sich dafür zumindest einbilden können, sie hätten etwas Gutes für die sterbende Umwelt getan.

Die Schweiz und ganz Westeuropa laufen aus meiner Sicht Gefahr, mit ihrer landwirtschaftlichen Öko-Diktatur direkt in eine Mangelsituation bei der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zu laufen, wenn dieser Unsinn nicht innert nützlicher Frist korrigiert wird. ●

| Merkmal | Einheit | 10 – 20 | | | 20 – 30 | | | 30 – 50 | | |
|--|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|-------|--|
| | | ha LN | ha LN | |
| Anzahl Betriebe Stichprobe | Anzahl | 196 | 253 | 248 | 119 | 111 | 107 | | | |
| Vertretene Betriebe | Anzahl | 2 452 | 3 519 | 3 613 | 1 456 | 1 246 | 1 110 | | | |
| Landwirtschaftliche Nutzfläche | ha | 15.9 | 24.8 | 38.1 | 15.5 | 24.7 | 38.4 | | | |
| Durchschnittliche Direktzahlungen pro Betrieb nach Direktzahlungsverordnung (DZV)¹ | | | | | | | | | | |
| Kulturlandschaftsbeiträge | Fr. | 1 696 | 2 461 | 2 657 | 4 894 | 6 495 | 10 708 | | | |
| Versorgungssicherheitsbeiträge | Fr. | 15 679 | 24 584 | 38 863 | 17 598 | 28 442 | 43 848 | | | |
| Biodiversitätsbeiträge | Fr. | 5 633 | 9 981 | 16 548 | 6 497 | 11 725 | 16 826 | | | |
| Landschaftsqualitätsbeitrag | Fr. | 2 264 | 3 597 | 5 531 | 2 705 | 4 057 | 5 818 | | | |
| Produktionssystembeiträge | Fr. | 10 592 | 13 904 | 18 399 | 9 309 | 16 160 | 21 011 | | | |
| Ressourceneffizienzbeiträge | Fr. | 783 | 1 209 | 2 459 | 503 | 1 030 | 1 062 | | | |
| Übergangsbeitrag | Fr. | 1 158 | 1 581 | 2 082 | 1 073 | 1 706 | 2 272 | | | |
| Total Direktzahlungen nach DZV | Fr. | 37 251 | 56 599 | 85 435 | 42 051 | 68 781 | 100 242 | | | |
| Andere Beiträge ² | Fr. | 1 379 | 2 985 | 6 879 | 536 | 1 190 | 1 578 | | | |
| Landwirtschaftlicher Betriebsertrag³ | Fr. | 270 987 | 379 595 | 530 991 | 216 449 | 360 183 | 463 064 | | | |
| davon Direktzahlungen | Fr. | 39 921 | 62 464 | 96 175 | 44 676 | 71 572 | 105 006 | | | |
| Anteil Direktzahlungen Landw. Betriebsertrag | % | 15 | 16 | 18 | 21 | 20 | 23 | | | |
| Direktzahlungen pro ha LN | Fr./ha | 2 516 | 2 524 | 2 522 | 2 888 | 2 901 | 2 736 | | | |

¹ Die Ergebnisse basieren auf den AGIS Direktzahlungsdaten der Buchhaltungsbetriebe der zentralen Auswertung von Agroscope

² Einzelkulturbeiträge, Insitu-Beiträge und Getreidezulagen

³ Die Ergebnisse basieren auf den Buchhaltungsdaten der zentralen Auswertung von Agroscope

Allfällige Differenzen ergeben sich aus zusätzlichen (kantonalen, etc.) Beiträgen und allfällig unterschiedlichen Abgrenzungen

⁴ Ohne die Betriebstypen Spezialkulturen und Veredlung

Quelle: Agroscope, Zentrale Auswertung von Buchhaltungsdaten; Zufallsstichprobe «Einkommenssituation»



Ein Geschenk Gottes

Ruedi Ritschard, Kolumnist

Ein lieber Bekannter ist kürzlich Grossvater geworden. Sein Sohn hat einen Stammhalter bekommen. Genauer gesagt: Seine Schwiegertochter. Klar doch. Aber in unseren Breitengraden ist fast gar nichts mehr klar. Mann mit Mann, Frau mit Frau – wie kann man da «ömel o» Kinder kriegen, wie geht das??? Sorry, ich schweife ab und komme auf dumme Gedanken.

Mein Freund zeigt mir also auf seinem Handy die ersten Bilder seines Enkels und jubelt begeistert: «Lueg eis dä schön Bueb!» Er platzt fast vor Stolz – also der Grossvater. Er hält den Kleinen auf seinen starken Armen und lächelt das Geschenk Gottes verträumt an. Schönes Bild, schönes Baby, schöner Grossvater – schöner geht's fast nicht mehr

Die Gedanken schweifen Jahrzehnte zurück. Ich stecke gerade im Wiederholungskurs. Meine Begeisterung für das Militär (die ich sonst habe) ist überschaubar, denn «wir» sind zum dritten Mal schwanger. Diese Schwangerschaft ist ein «Geknorze», der Arzt hat meiner Frau viel Ruhe und Liegen verordnet. Ich bin darum in meiner Funktion als Korporal nicht immer bei der Sache und in Gedanken viel zu Hause. Massregelungen der Spaghettihut-Tragenden (Offiziere) sind an der Tagesordnung. Der Kommandant zeigt zwar Verständnis für meine häuslichen Probleme, verlangt aber dennoch militärische Haltung. «Zu Befehl, Herr Oberleutnant!» Ich gebe mir alle Mühe und drille meine Burschen bis zum Umfallen. «Spinnt jetz üsa Korpis, was isch mit däm?», fragen sie sich wohl. Nach dem Hauptverlesen folgt der Tageshöhepunkt: Ausgang, Bier, Gejohle ... Ich verlasse die Beiz für einen Moment und gehe telefonieren in die öffentliche Telefonkabine mitten im Dorf. Aufgeregt drehe ich an der Wählscheibe. Wie geht's wohl zu Hause? Düü ... düü ... «Bisch Du's Ruedi, hesch streng?» – «U wie geit's Dier, bisch jetz hütt bim Dokter gsy?» – «Jaa, jetz muesch lose, er het es Röntge gmacht u gseit ...» – Düü, düü, düü. – «I verstah Di niid, bisch no da, was het der Doc gseit?» – «Er seit, mier überchöme...» – Düüdüüdüü – «... was hesch übercho? Schlächti Verbindig...» – «... so los doch: Mier überchöme Zwill...» –

«He, was hesch jetz grad gseit?» – «Zwillinge, han i gseit, weisch was das isch?» – «Eh ja, weis i scho, u wär überchunnt Zwillinge?? (Schluck, schluck) Du meinsch doch nid öppe, also, Du meinsch, i überchöm Zwillinge, also Du natürlech, also mier überchöme ...?!?!»

An die weitere Unterhaltung mag ich mich kaum mehr erinnern. Mein Telefonat war etwas gar lang, die Schlange der Soldaten vor der Telefonkabine noch länger. Mit einem verzückten Lachen, das wohl eher einem Löwengebrüll ähnelte und von den Felswänden x-fach zurückgeworfen wurde, stürmte ich endlich hinaus und begann, die Kabine auseinanderzunehmen vor Glück. Viel blieb nicht mehr übrig, und die wartenden Kollegen flüchteten. «Korporal dreht durch, Telefonkabine zertrümmert. Untersuchung läuft», hiess die Schlagzeile im «Blick» am nächsten Tag.

«So ne Quatsch!» Ihr habt Recht. Mit diesem übertrieben dargestellten Abbruch einer PTT-Immobilie wollte ich Ihnen nur zeigen, wie ich buchstäblich aus dem (Telefon-) Häuschen geriet damals. Heute sind die Zwillinge auch schon gestandene Männer und 51 Jahre alt. So vergeht die Zeit.

Frankreich verankert künftig «Recht auf Abtreibung» in der Verfassung. Weitere Länder werden wohl folgen. «Kinder sind eine Gabe, ein Geschenk und ein Segen Gottes», steht in der Bibel. Und wir ermorden gewissenlos werdendes Leben. Menschheit, besinne dich! ●



Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz
Postfach 43
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU CH: Am 11. März 2024 wurde auf Radio Kontrafunk unter dem Titel «Standhaft in turbulenten Zeiten – der Auftrag der EDU» eine Diskussionssendung mit Daniel Frischknecht, Präsident der EDU Schweiz, ausgestrahlt. Dieser stand Rede und Antwort zu seinem bewegten Leben und brachte den Zuhörerinnen und Zuhörern das Wirken der EDU näher. Das Gespräch moderierte Anian Liebrand, der für Radio Kontrafunk seit 2024 monatlich Radiosendungen gestaltet. Sie können die gehaltvolle Sendung jederzeit nachhören auf www.edu-schweiz.ch/medien oder durch das Fotografieren des rechts abgebildeten QR-Codes (via Mobiltelefon).



EDU SG: Bei den Kantonsratswahlen im Kanton St. Gallen vom 3. März 2024 konnte die EDU einen grossen Erfolg verbuchen. Der Agronom, Biolandwirt und ehemalige Gemeinderat und Schulratspräsident Heinz Herzog aus Thal wurde als EDU-Vertreter auf der Liste der SVP im Wahlkreis Rorschach in den Kantonsrat gewählt. Dieser Sitzgewinn ermöglichte den erstmaligen Einzug der EDU in den St. Galler Kantonsrat. Die EDU Kanton St. Gallen durfte somit Anfang März gleich doppelt feiern. Am 2. März feierte die Kantonalpartei mit über 40 Mitgliedern nach der jährlichen Mitgliederversammlung ihr 30-Jahr-Jubiläum. Wir gratulieren herzlich und wünschen der EDU Kanton St. Gallen mit ihrer engagierten Präsidentin Lisa Leisi für die Zukunft Gottes reichen Segen!



Heinz Herzog

EDU SZ: Auf einer gemeinsamen Liste mit der EVP trat die EDU anlässlich der Kantonsratswahlen vom 3. März 2024 erstmals zu Wahlen im Kanton Schwyz an. In mehreren Gemeinden konnte die Liste motivierte Kandidatinnen und Kandidaten präsentieren – für einen Sitzgewinn hat es aber diesmal noch nicht gereicht. Die EDU konnte im Kanton Schwyz aber erstmals Präsenz markieren, was Mut macht im Hinblick auf eine weitere Verankerung in der Zentralschweiz.

Andreas Gafner fordert Landessprachen-Pflicht für Imame



Mit einer in der Frühlingsession 2024 eingereichten Motion fordert EDU-Nationalrat Andreas Gafner, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, dass in Schweizer Moscheen predigende Imame dazu verpflichtet werden, ihre Predigten zwingend in einer Landessprache oder in Englisch zu halten. In Schweizer Moscheen wird häufig auf Türkisch oder Arabisch gepredigt. Konflikte ergeben sich oftmals, wenn von ausländischen Staaten finanzierte Imame in der Schweiz Predigten mit extremistischen Inhalten abhalten. Bild: Schlagzeile auf blick.ch vom 15. März 2024

«Stand up for life!»: Marsch fürs Läbe 2024

Der nächste Marsch fürs Läbe findet am Samstag, 14. September 2024 wiederum in Zürich-Oerlikon statt. Das diesjährige Motto lautet «Stand up for life!» Die Organisatoren (auch die EDU Schweiz gehört seit Jahren zur Trägerschaft) fordern, die Bedingungen für werdende Mütter zu verbessern und Hilfsangebote für Familien in Not auszubauen. Weitere Infos: www.marschfuerslaebe.ch



Korrigendum

In der «Standpunkt»-Ausgabe vom März 2024 haben wir in dieser Rubrik verkündet, dass Prof. Dr. Stefan Hockertz als Referent am Corona-Symposium (www.symposium-2024.ch) vom 6. bis 7. April 2024 in Bern auftritt. Diese Information war falsch, Stefan Hockertz nimmt an dieser Veranstaltung nicht teil. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Wer bin ich?

2022 trat ein Gesetz in Kraft, das es Minderjährigen ohne Zustimmung ihrer Eltern erlaubt, ihr Geschlecht amtlich vereinfacht zu ändern. In Spiez wurden nach dem Umbau in einer Schule die Schilder an den Toiletten nicht mehr angebracht. Verschiedene Bewegungen setzen sich dafür ein, dass Eltern und Lehrer Kinder nicht mehr daran hindern dürfen, ihr Geschlecht zu ändern.

Markus Reichenbach, Fachlehrer und Projektleiter

Die LGBTQ+-Community fordert mehr Rechte für alle möglichen sexuellen Ausrichtungen. Kritik wird von den Medien sofort als diskriminierend, unmenschlich und arrogant gekennzeichnet. Wohin soll uns dies noch führen? Welche Gesetze sollen noch angepasst werden? Immerhin hat letztes Jahr das Bundesgericht entschieden, dass es nur zwei Geschlechter gibt. Auch der internationale Menschenrechtsgerichtshof teilt diese Ansicht. Dennoch scheint diese Erkenntnis inmitten der endlosen sozialen Medien unterzugehen. In letzter Zeit nehmen Identitätskrisen bei Jugendlichen traumatisch zu.

Was ist das Grundproblem?

Das eigentliche Problem liegt darin, dass wir uns von unserem Schöpfer «emanzipiert» haben. Die Menschen wollen alles selbst bestimmen. Als ob sie ohne Konsequenzen die Naturgesetze umgehen könnten. Wer aus dem Flugzeug ohne Fallschirm springt, wird sterben. Wer sich gegen die Schöpfungsordnung stellt, wird ebenfalls die Konsequenzen tragen müssen. Nur

glauben die Menschen es nicht, weil die Konsequenzen nicht sofort sichtbar werden.

Wir müssen es beim Namen nennen: Die Schweiz hat den Schöpfer vergessen. Die Schweizer wissen nicht mehr, woher sie kommen und wer sie sind. Christen versuchten sich in den letzten Jahren politisch korrekt zu verhalten, verloren aber immer mehr Terrain. Mit dem Beschluss von 2022 [zur vereinfachten Änderung des Geschlechts, d. Red.] ist das Fass nun überlaufen.

Die Jungen werden nicht aufgeben

Wir mögen vielleicht versagt haben, aber die jungen Christen wollen nicht aufgeben. Sie trauen sich, dieses Thema öffentlich anzusprechen. Verschiedene Organisationen haben sich zu einer Konferenz zum Thema sexuelle Identität vom 8. bis 9. Juni in Thun zusammengeschlossen. Ich ermutige alle, sich diesem Thema zu stellen und sich für die Konferenz anzumelden: www.istl.net/cultureshift ●

Umfrage: Warum engagieren Sie sich für die EDU?

«... weil mich die Zeugnisse überzeugen»



Ich bin in der EDU, weil mich die Zeugnisse der Mitglieder überzeugen. Zehn Jahre habe ich den «Standpunkt» gelesen und als Beobachter Versammlungen besucht. Jedes Mal war ich zutiefst bewegt, wenn ich spüre, dass die treibende Kraft «wie im Himmel so auf Erden» ist. Keine Machtansprüche oder grosse Reden treiben

die Leiter an. Solange die EDU sich auf Gottes Reich fokussiert, investiere ich mich gerne. Alle geben, was sie können für Schätze im Himmel und nicht für irdische Vorteile.

Mich beschäftigt die tiefe Geburtenrate. Hat das Schweizer Volk die Freude, sich zu vermehren, verloren oder sind einfach die Opportunitätskosten zu hoch? Auch ist es mir ein

grosses Anliegen, das Volk nicht im Dunkeln tappen zu lassen. Ich kann nicht nur sagen, was alles falsch läuft in der Regierung, da sind auch wir Christen mit Gebet, Wort und Tat gefragt!

Christian Caviezel (43), glücklich verheiratet, drei tolle Kinder; gelernter LKW-Mechaniker, heute Technischer Kaufmann; für die EDU engagiert im Bezirk Kreuzlingen, EDU-Kantonsratskandidat für die Thurgauer Grossratswahlen vom 7. April 2024; Hobbies: Garten, Motorrad, Windsurfen (wenn es die Zeit zulässt); wohnhaft in Tägerwilen TG.

Globalisten geben keine Ruhe

Als «Globalisten» seien hier diejenigen Menschen bezeichnet, welche die strikte Umsetzung und Realisation der globalen UNO-Nachhaltigkeitsziele 2030, die im Internet überall zu finden sind, verfolgen. Es gibt diese Globalisten nicht nur im Davoser WEF, sondern in einer Vielzahl anderer Organisationen, Regierungen, Verwaltungen, Firmen und NGOs.

Christian Wider, Journalist, Oftringen AG

Vielleicht möchte jemand an dieser Stelle einwenden, dass diese UNO-Nachhaltigkeitsziele 2030 doch positiv seien. Dazu ist in aller Klarheit festzuhalten, dass zwar einige dieser Ziele durchaus positiv sind, andere hingegen wieder zutiefst verwerflich, so wie etwa die freie Genderwahl für alle oder die «Rechte» der Frauen auf Abtreibung. Gerade wegen dieses gefährlichen Mixes von positiven und negativen Zielen müssen diese UNO-Ziele und allfällige Umsetzungen differenziert und inständig von unseren Gebeten begleitet sein.

Die Globalisten haben nun gerade in diesem Jahr weltweit eine riesige Propaganda-Maschinerie installiert, um diese UNO-Ziele zu erreichen. Das erkennt man etwa daran, wenn man im Internet die in diesem Jahr 2024 nebst dem WEF in Davos geplanten Konferenzen und Veranstaltungen zum Thema «Nachhaltigkeit und Klimaschutz» recherchiert. Es ist eine schier unglaublich grosse Zahl! Im Februar dieses Jahres führte etwa die Weltgesundheitsorganisation der UNO (WHO) am UNO-Sitz in Genf eine Abstimmung zu der von ihr verlangten vollen Subventionierung von Genderoperationen durch...

Pandemievertrag vor dem Bundesrat

Ebenfalls hat die WHO einen weltweiten Pandemievertrag in Vorbereitung, welcher der WHO im Fall einer nächsten Pandemie extreme Vollmachten geben würde, welche die nationalen Rechte der Völker zum Teil massiv torpedieren würden. Der endgültige Text dieses Vertrags soll vom 27. Mai bis am 1. Juni 2024 in Genf anlässlich der 77. Konferenz der WHO beschlossen werden. Danach soll dieser Text auch dem Schweizer Bundesrat vorgelegt werden, damit auch dieser die nationale Gesetzgebung an die der UNO anpasst ...

Auch die europaweiten Bauernproteste halten zum Teil an. Verschwiegen wird dabei von den meisten Mainstream-Medien, dass sich diese Proteste im Kern hauptsächlich gegen die vielen Umweltauflagen der Globalisten richten. Die Globalisten haben nämlich einen Kampf gegen den Bauernstand entfacht, da sie selbst letztlich die Kontrolle über unsere Lebensmittelketten erlangen wollen. Siehe dazu unsere Website www.gebet-globalisten.ch unter der Rubrik «Gesundheits-, Klima- und Nahrungsmitteldiktatur».

Auch «Banksters» sind kräftig am Umsetzen

Wer nun glaubt, dass wegen solcher Aktionen der Bauern die Pläne der Globalisten über den Haufen geworfen werden, hat sich gewaltig getäuscht! Nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt. Einer der akutesten Bereiche des «Great Reset» von Davos mit seinen UNO-Nachhaltigkeitszielen 2030 ist der Bereich der Banken. Die Umstellung der Weltwirtschaft im Zeichen der unseligen Dekarbonisierung (Trugbild einer Kohlenstofffreiheit), also weg von den traditionellen Energien (Öl, Kohle) und hin zu wesentlich teureren alternativen Energieformen, ist in vollem Gang und wird gerade auch von den Zentralbanken der Welt und den grossen Finanzinstituten gestützt. Es läuft schliesslich darauf hinaus, dass Unternehmen, welche sich an die UNO-Ziele 2030 halten – zum Beispiel in der Realisation einer genderneutralen Firmenkultur – dafür im Gegenzug günstigere Kapitalbedingungen von den Banken erhalten. Unternehmen und Einzelpersonen aber, die sich nicht an diese UNO-Ziele halten, werden immer mehr ausgeschlossen. Es existiert bereits eine sog. Rahmengruppe der weltgrössten Fondsmanager (Sustainability Accounting Standards Board) wie BlackRock, Vanguard, Goldman Sachs, Rockefeller Bank, UBS und andere, die gemäss ihrer Website seit 2011 dran ist, diese UNO-Nachhaltigkeitsziele 2030 zu entwickeln und zu erhalten... ●



Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Schweizer Bienenkästen, neu, 8 Stück komplett, können besichtigt werden. Preis nach Absprache. K: friedy.wiedmer@gmail.com, 033 442 15 27

Medjool-Datteln aus Israel, 5 kg CHF 80.-, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. K: 079 607 12 07

VERMIETEN

Freundliches Reihen-EFH, Peripherie, ruhige Lage in Altstätten SG, 4.5 Zi., Grundstückfläche 285 m², Wohnfläche 112 m², Freiluft-Innenhof, Garten vor und hinter Haus, mit Werkzeug-Holzschuppen, Specksteinofen für Wohnstube, Gasheizung, Keller und Garage 40 m², alles neu renoviert, isoliert, neue Fenster. MZ CHF 2500.- exkl. NK. Ab Juni 2024, bevorzugt an christliche Familie mit Kindern und Handwerkerfamilie. K: container333@gmx.ch; Fam. Keel-Altenhofer

2.5-Zi.-Dachwohnung in Bürglen TG, für Single ab ca. 40 J., ca. 60 m², Balkon, Estrich, moderne Küche, ohne Lift, Einkauf 3 Min., BHF 5 Min., Zürich 1 Std. Verfügbar ab ca. Juni 2024. MZ inkl. NK 1200.-. K: 079 323 42 22

Ferienwohnung im sonnigen Hochtal Avers GR, 6 Betten, für Ferien zu jeder Jahreszeit. Frühjahrs-wanderungen in einer einmaligen Bergflora, Sommerferien für die ganze Familie, mit Baden am Bergbach und der Möglichkeit von einfachen bis anspruchsvollen Bergwanderungen. Herbstferien in einer stimmungsvollen Landschaft. CHF 380.-/W., CHF 480.-/W. in der Wintersaison. K: 071 642 15 19

Schönes, geräumiges Ferienhaus in Kandersteg. Küche/Wohnbereich, 4 Schlafzimmer mit 7 Betten. Ruhige Lage, wenige Fussminuten bis Dorfzentrum. Kein Durchgangsverkehr, sehr kinderfreundlich, schöner Garten, genügend Parkplätze. Wochenpreis (Sa-Sa): CHF 1150.- inkl. Endreinigung, exkl. Kurtaxe. Infos und Bilder: Familie Rüfenacht, K: 079 415 38 33

Renovierte 4 ½-Zi.-Wohnung in Teuffenthal b. Thun, ca. 120 m², auf 2 Etagen, mit 2 Badezimmern. MZ 1450.-. K: 033 442 19 17, 079 723 03 20

Ferienwohnung in Alphüttli in Teuffenthal b. Thun, geeignet auch für grössere Familien. Infos unter weichel.ch; 033 442 19 17, 079 723 03 20

2-Zi.-Ferienwohnung am Thunersee. Ideal bis 2 Personen. Wandern, Baden, Velotouren, ÖV 5 Min., PP, gedeckter Sitzplatz, W-LAN, TV. K: 078 666 36 51

Ferien im Prättigau: 2 ½-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauseingang, PP. K: A. u. D. Zingg, flora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

SUCHEN

Christin sucht ruhige, helle 2-3-Zi.-Wohnung mit gutem ÖV-Anschluss im Kt. Zürich, Aargau, Basel oder Region Thun. MZ inkl. NK bis CHF 2400.-. Ich freue mich auf Ihr Angebot. K: morningstar3@bluewin.ch, 079 713 76 07

PARTNERSUCHE

40-j., natürliche, schlanke Frau sucht gleichgesinnten Lebenspartner. Eigenständiges Denken, lernfähig bleiben, Einfühlungsvermögen sind mir wichtig. Interesse u. a. an Geschichte und der weltpolitischen Lage. Bin naturverbunden. Gemeinsame geistige Interessen und Werte wie Treue, Ehrlichkeit, Verlässlichkeit sowie das offene Gespräch sind für mich entscheidend. Sprich dich diese Anzeige an, freue ich mich auf deine Antwort. K: aussicht2020@outlook.ch

VERSCHENKEN

Klavier «Sabel», nussbaumfarbig, Baujahr 1960-1965. Transportkosten müssen übernommen werden. K: eram@hispeed.ch

Die EDU lädt ein

Würenlos: jeden ersten Montag im Monat, 19.30-20.30 Uhr: Gebet bei M. Suter, Lättenstrasse 8. K: 079 825 44 05

Heiden: jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9.30-10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Biel: jeden ersten Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Dietikon: jeweils am ersten Samstag im Monat 9-11 Uhr: **Gebetsfrühstück** im «Mis Kaffi», Bremgartnerstrasse 3. K: Nikolaus Johannes Stadler, 044 500 41 91

Dietikon: jeden 2. Donnerstag, 19 Uhr, Silber Church, Riedstrasse 3: **Gebet für Israel und die Nationen**. K: <https://israel-gebetstreffen.ch>

8./22.4. Bülach: 20-21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

21.4. Herisau: 17 Uhr, Pfingstgemeinde, Rosenaustrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

26.4. Schaffhausen: 20 Uhr, Restaurant Bahnhof, Beringen: **MV EDU Kt. Schaffhausen**. K: www.edu-sh.ch

16.5. Schaffhausen: 20 Uhr, Viva Kirche, Hauentalstrasse 144: **Gebet EDU Kt. Schaffhausen**. K: www.edu-sh.ch

25.5. Schaffhausen: 9 Uhr, Restaurant «Zum Alten Emmersberg», Bürgerstrasse 49: **Parteitag EDU Kt. Schaffhausen**. Nachmittags Munot-Führung und Gebet im Rosengarten. K: www.edu-sh.ch

Christliche Anlässe

Vereinigung Pro Israel

jeweils 19.30 Uhr: Vorträge mit Victor Kalisher, Israelische Bibelgesellschaft, Israel
16.4. Emmen, FEG, Mooshüslistr. 32
17.4. Frauenfeld, Casino, Bahnhofplatz 76B
18.4. St. Gallen, Klosterhof 3, Pfalz Keller
19.4. Liestal, Ref. Kirchengemeinde, Rosengasse 1
20.4. Thun, Burgsaal, Burgstrasse 8
21.4. 13.30 h: Uster, Stadthofsaal, Theaterstrasse 1
22.4. Bern, FEG Bern, Zeughausgasse 35
23.4. Grabs, Ev. Kirchengemeinde, Kirchengemeindehaus, Wassergasse 6
24.4. Schaffhausen, Hotel Kronenhof, Kirchofplatz 7
 K: Pro Israel, Postfach 717, 3607 Thun; 033 335 41 84

Mennoniten Gemeinde

24.4. 19.30 Uhr, Holestrasse 141, Basel: **Vortrag mit Open Doors** «Die aktuelle Situation der Christen in Afrika»

rea Israel-Tournee

mit Nahostkenner und Theologe Johannes Gerloff **«Israels aktuelle Entwicklung aus biblischer Perspektive verstehen.»**
2.5. 19.30 Uhr, Viva Kirche, Romanshorn. K: <https://vivakirche-romanshorn.ch>
3.5. 19.30 Uhr, CBZ Ilfisbrücke – Bewegung Plus, Langnau i. Emmental. K: <https://www.bewegungplus-langnau.ch>

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

4.5. 19 Uhr, FCG im Rosenberg, Winterthur. K: <https://www.fcg-winti.ch>

5.5. 10 Uhr, Comunità Evangelica Pentecostale, Locarno. K: <https://ceplocarno.ch>

5.5. 19 Uhr, Treffpunkt, Evangelische Kirche, Chur. K: <https://treffpunkt-chur.ch>
 K: www.rea-israel.ch

Jugendevent DOXA

4.5. 9-22 Uhr, Schönenwerd: **Christlicher Jugendevent DOXA**. Alle Jugendlichen ab 16 Jahren sind herzlich eingeladen. K: www.doxa-jugendevent.ch

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

2. - 6.6. Ferienwoche für Pensionierte, Pauschalpreise ab CHF 500.- K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

ICEJ Schweiz

2.-8.6. Ferienwoche mit Fokus Israel, im Hotel Sunnehüsi, Krattigen, mit Hansjörg Bischof. Anmeldung: info@sunnehuesi.ch, 033 650 78 78

Konferenz Culture Shift

7.-8.6. Glaube, Gender, Sexualität. Eine inspirierende Konferenz für Teenie- und Jugendleiter, Leiter und Interessierte. K: <https://www.istl.net/cultureshift/>

«Trampolin und mehr»-Seminarwoche

26.-30.8. Hotel Paladina, Pura: **Gesundheitsorientiertes Trampolintaining kennenlernen** – wohltuende Entspannung erleben – köstliches Essen geniessen – wertvolle Impulse für das Leben mitnehmen! K: www.swingwalking.com, 071 223 20 23

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

«EDU-Standpunkt»
 Die Ausgabe 05/2024 wird am 29. April 2024 versendet.

Redaktionsschluss:
 12. April 2024
 Druck: 24. April 2024

Impressum

Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt
 Postfach 43
 3602 Thun

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)
 031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Lamprecht (Präsident der Redaktion),
 Anian Liebrand (Redaktionsleitung),
 Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler,
 Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfeler

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

Layout

Harold Salzmann

Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

Fotos

Titelseite: Shutterstock.com
 3: Karikatur Willu
 6, 11, 14, 19: Adobe Stock
 12: www.freie-landschaft-sg.ch
 17: de.wikipedia.org
 Kopfbilder, 15: zvg

43. Jahrgang; erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
 Auflage: 19800 Exemplare

Postcheck 30-23430-4

IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4
 www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement

nur Fr. 30.-/25€ für 11 Ausgaben (inkl. 2,6% MwSt.)

Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!

info@edu-schweiz.ch
 033 222 36 37

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

Ostern: Jesus ist für uns auferstanden!

Die Auferstehung Jesu begründet für uns Christen den Glauben an ein Leben nach dem Tod. Von Herzen wünschen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, frohe und gesegnete Ostern! Mögen die Ostertage für Sie und Ihre Liebsten eine Zeit der Sinnlichkeit, der Freude, des Zusammenseins sowie der Erneuerung und Hoffnung sein.

Redaktion «Standpunkt»

**SCHLUSS
PUNKT**



«JESUS SPRICHT ZU IHR: ICH BIN DIE AUFERSTEHUNG UND DAS LEBEN. WER AN MICH GLAUBT, DER WIRD LEBEN, OB ER GLEICH STÜRBE; UND WER DA LEBT UND GLAUBT AN MICH, DER WIRD NIMMERMEHR STERBEN. GLAUBST DU DAS?»

Johannes 11,25-26

«DENN WENN WIR GLAUBEN, DASS JESUS GESTORBEN UND AUFERSTANDEN IST, SO WIRD GOTT AUCH DIE, DIE DA ENTSCHLAFEN SIND, DURCH JESUS MIT IHM FÜHREN.»

1. Thessalonicher 4,14



DAS CHRISTLICHE WOCHENMAGAZIN



Ich schätze IDEA, weil es eine Vielfalt an spannenden und aktuellen Themen aus Politik und Gesellschaft zu lesen gibt.



Andreas Gafner
EDU Nationalrat

Abonnieren auch Sie das Wochenmagazin IDEA. Es kostet weniger als eine Tasse Kaffee pro Woche! Bleiben Sie auf dem Laufenden. Erfahren Sie, wie Gott in der Schweiz und der Welt wirkt.



Erhalten Sie unser Magazin zum Kennenlernpreis unter

ideaschweiz.ch/kennenlernen

Dein Sport- und Freizeitanbieter.

Los Lorentes Residences
loslorentes.com

Der Schweizer Luftkissen-Schuh
www.kybun.swiss

Christlicher Hilfsbund im Orient

Hilfe für Armenier und den Libanon seit 1937.
www.hilfsbund.ch

eljah

Silber und Gold als Münzen und Granulat
Damit Ihr Ersparnis den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!

Bruno Jordi
079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch

Ihr Geschenk

Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen und Münzen bestellen.

www.huwa.ch

Huwa seit 1911

SCM

14 Magazine jetzt digital verfügbar!

bundes-verlag.ch/digital

Scribe

Übersetzungen - Korrekturen - Redaktion

Die richtige Wortwahl

T 032 342 77 77 | info@scribe.ch | www.scribe.ch

Ruedi Josuran:

«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»

lepramission.ch

Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung

TRANSPARENT BROKER

fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

FERIEN & SEMINARE

www.cvjm-zentrum.ch

baumann elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 Münsingen | 031 721 62 27

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch

E. + W. BERTSCHI AG

5728 Gontenschwil 062-773 12 40

Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
Schurwollduvets, Kissen und Bettauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!

Spycher-Handwerk Huttwil
Schaukarderei

- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

www.kamele.ch 062 962 11 52